

Stimmen zum Betreuungsgeld

Wir müssen in die Kinder investieren und nicht in die Eltern!

„Fast alle anderen Länder der OECD investieren in die Kinder, in Krippen, in Kindergärten, in Kindergartenpflicht, in Ganztagschulen, in kleinere Klassen, in Essen, in die Kinder, und wir investieren in Eltern. In anderen ... Wir geben das meiste Geld für Familienpolitik aus von allen OECD-Staaten, und wir stehen in der Nachhaltigkeit und in der Effizienz an drittletzter Stelle. Nur die Slowakei und Nordkorea ist hinter uns. Das heißt, es können doch nicht alle anderen Länder irren. Sie schneiden auch besser ab. Wir müssen in Kinder investieren und nicht in Eltern.“

[...] Wir brauchen [...] Schulen, die einfach professioneller mit der Bildungsferne umgehen können. Heute können sie es gar nicht.“

Heinz Buschkowsky, Bezirks-Bürgermeister von Berlin-Neukölln, im Interview mit dem Deutschlandradio am 22. Okt. 2009

<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1055789/>

Anmerkung: Buschkowsky schildert die Fakten irreführend. Deutschland gibt erheblich mehr Geld für Bildung und Erziehung außerhalb der Familie aus als für Bildung und Erziehung in der Familie. Im Ausland gibt es teilweise erheblich höhere finanzielle Unterstützung der Eltern von Kleinkindern. Aus Frankreich, wo viele von Buschkowskys Ideen umgesetzt sind, berichtet das Deutschlandradio gerade von desaströsen Zuständen an den Schulen in Brennpunkten:

„Es liegt ständig Gewalt in der Luft.“ <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europasheute/1058980>

Familie heute nicht mehr Keimzelle der Gesellschaft?

„Dabei sei das Betreuungsgeld zwar ein „fairer Ausgleich der Kosten“, denn wer sein Kind in die Kita schickt, erhalte ja indirekt auch Geld aus Steuermitteln. Das Modell blende allerdings aus, dass die Familie heute nicht mehr die „Keimzelle der Gesellschaft“ sei. Sie könne in vielen Fällen keine gedeihliche Rundumbetreuung der Kinder gewährleisten, sagt Hurrelmann.“ („... der Kinder- und Jugendforscher Klaus Hurrelmann von der Berliner Hertie School of Governance.“)

DER TAGESSPIEGEL (BERLIN)

<http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Fragen-des-Tages-Betreuungsgeld-Bildungspolitik;art693,2935524>

Anmerkung: Die Bundesregierung strebt an, für ein Drittel aller Kinder unter drei Jahren außerfamiliäre Betreuung aufzubauen. Wer bleibt mit zwei Dritteln „Marktführer“ und Keimzelle der Gesellschaft, Herr Jugendforscher?

Nicht tut so gut wie ein schlechtes Vorurteil

„Hartz-IV-Eltern, die die Betreuungsknete in die nächste Kneipe tragen. Migranten, die Kinderkriegen als Einnahmequelle nutzen. Unterschichtfamilien, die Steuergelder bei Media-Markt verjubeln. So sind sie, unsere Underdogs. Nichts tut so gut wie ein schlechtes Vorurteil. Im Dauerstreit ums Betreuungsgeld feiert es schäbige Urständ. Wie jedes Klischee hat es seinen wahren Kern. Aber in der Verallgemeinerung ist es verunglimpfend. Es ist Pofilierung mit Unterschicht-Bashing.“

Vera Gaserow, Kommentar für die Frankfurter Rundschau vom 29. Okt. 2009

http://www.fr-online.de/top_news/2045277_Analyse-Viel-Laerm-ums-Betreuungsgeld.html

Wir wollen keine staatliche Bevormundung

"Wir wollen keine staatliche Bevormundung", bekräftigte nun Bär im Gespräch mit unserer Redaktion. Es gebe zwar überall schwarze Schafe, deswegen könne man jedoch nicht "alle Eltern unter Generalverdacht stellen". Sie leisteten wichtige Familienarbeit, die dann auch honoriert werden müsse. Bär: "Mir ist es wichtig, dass jede Familie ihr eigenes Familienmodell leben kann."

Dorothee Bär MdB, Stv. Generalsekretärin der CSU, in der Rheinischen Post vom 28. Okt. 2009

<http://www.rp-online.de/public/article/politik/deutschland/775438/CSU-widerspricht-Buschkowsky-vehement.html>

Eltern nicht unter Generalverdacht stellen

„Auch der familienpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Johannes Singhammer, wies die Kritik am Betreuungsgeld zurück. Man dürfe nicht Eltern unter Generalverdacht stellen. Ohnehin sei im

Koalitionsvertrag festgelegt, dass man in Fällen, in denen Kinder zu Hause nachweislich nicht gut betreut würden, die Geldleistung in Form von Gutscheinen gewähren könnte. Singhammer wies darauf hin, dass ein Krippenplatz den Staat monatlich im Schnitt rund 800 bis 1000 Euro koste. "Auch fiskalpolitisch ist es deshalb kein Schaden, wenn man Eltern, die auf einen Krippenplatz verzichten, eine deutlich geringere Geldleistung gewährt", sagte der CSU-Politiker der WELT. Mit dem Krippenausbau und dem Elterngeld habe man zudem in den vergangenen Jahren vor allem berufstätige Eltern gefördert.“

Johannes Singhammer MdB, zitiert in SPIEGEL ONLINE

<http://www.welt.de/die-welt/politik/article5000651/SPD-warnt-vor-den-Folgen-eines-Betreuungsgeldes.html>

Eltern stärken, Eltern ertüchtigen!

„Bürgerliche Politik darf ihr Handeln aber nicht allein von Problemfällen ableiten, sondern sollte Eigenverantwortung voraussetzen, sollte getragen sein von Zutrauen und Vertrauen in die Bürger und damit in junge Eltern. Daher kann aus einem bürgerlichen Politikverständnis heraus für die einseitige staatliche Lenkung junger Eltern bei der Frage der Kleinkindbetreuung keine Rechtfertigung geben. Auch das Kindeswohl rechtfertigt eine solche Weichenstellung nicht. Ein- oder Zweijährige als isolierte Bildungssubjekte anzusehen, die losgelöst von elterlichen Einflüssen von den Bildungsimpulsen in Betreuungseinrichtungen Nutzen ziehen, offenbart eine reichlich naive und realitätsferne Sicht. Gerade im Kleinkindalter sind Vater und Mutter der zentrale Schlüssel zum Kind. An ihnen wird es liegen, ob ihr Kind sichere Bindungen aufbauen kann und soziale Kernkompetenzen erwirbt, die Grundvoraussetzungen für Bildungschancen sind. Wenn wir psychisch und seelisch stabile Kinder wollen, müssen wir diejenigen stärken, die unersetzlich für ebendieses Kind sind, die die entscheidende Schlüsselposition für seine Entwicklung innehaben, besonders im Kleinkindalter. Familienpolitik der Zukunft muss daher lauten: "Eltern stärken, Eltern ertüchtigen!"

Christine Haderthauer, Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, in der FAZ vom 14. Okt. 2009

<http://www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/faz-0910.htm>

Adressen für Meinungsbekundungen:

Herrn Parteivorsitzenden
Horst Seehofer MdL
Franz-Josef-Strauß-Haus
Nymphenburger Str. 64
80335 München

Frau Dorothee Bär MdB
Stv. Generalsekretärin
Franz-Josef-Strauß-Haus
Nymphenburger Str. 64
80335 München

Herrn
Johannes Singhammer MdB
Wahlkreisbüro
Joseph-Seifried-Str. 8,
80995 München

Frau Staatsministerin Christine Haderthauer
Bayerisches Staatsministerium für
Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
80792 München